

Anlage 3.05
Eigenerklärung zum Datenschutz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Eigenerklärung zum Datenschutz

Das Unternehmen, für das ich handle, ist mit der Abgabe des Angebotes mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu Zwecken dieses Vergabeverfahrens einverstanden. Im Falle einer Zuschlagserteilung auf dieses Angebot kann nicht berücksichtigten Bietern meine Firma bzw. die Unternehmensbezeichnung mitgeteilt werden.

Die weiteren Informationen zur Datenverarbeitung, insbesondere

- zu den Kontaktdaten des Verantwortlichen,
- der Art der verwendeten personenbezogenen Daten,
- dem Verarbeitungszweck,
- den Empfängern der Daten,
- der Dauer der Speicherung und zu
- den Betroffenenrechten

gemäß der Informationspflicht nach Artikel 13 und 14 der Datenschutzgrundverordnung in dem nachfolgenden datenschutzrechtlichen Hinweis habe ich gelesen und verstanden.

Datenschutzrechtlicher Hinweis

1. Vorwort

Die Stabsstelle Zentraler Einkauf (ZE) ist die zentrale Beschaffungsstelle der VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder für die Beschaffung von Leistungen, die die Lieferung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen zum Gegenstand haben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stabsstelle ZE sind zuständig für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der hiesigen Beschaffungsmaßnahmen, die regelmäßig elektronisch über die e-Vergabeplattform DTVP-Deutsches Vergabeportal (www.dtv.de) abgewickelt werden.

Bei der Erledigung dieser Aufgaben verarbeiten sie personenbezogene Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (DSGVO)).

2. Wer wird durch die DSGVO geschützt?

Die DSGVO schützt ausschließlich natürliche Personen, sogenannte „Betroffene“. Die Grundsätze und Vorschriften zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sollen gewährleisten, dass Ihre Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere Ihr Recht auf Schutz personenbezogener Daten gewahrt bleiben.

3. Verantwortlicher im Sinne der DSGVO

Verantwortlich im Sinne der DSGVO für die Datenverarbeitung im hiesigen Beschaffungswesen ist die

VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
Stabsstelle Zentraler Einkauf (ZE)
Hans-Thoma-Straße 19
76133 Karlsruhe

Telefon 0721 155-0
Telefax 0721 155-1333
E-Mail info@vbl.de
Internet: www.vbl.de

Anlage 3.05
Eigenerklärung zum Datenschutz

4. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der VBL

Der Datenschutzbeauftragte der VBL ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

Herr Thilo Mangler
Hans-Thoma-Straße 19
76133 Karlsruhe

Telefon 0721 155-0
E-Mail: datenschutz@vbl.de

An ihn können Sie sich mit Fragen zum Datenschutz bei der VBL und bei möglichen Beschwerden wenden.

5. Welche Daten und Quellen nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten (z. B. Kontaktdaten wie Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Kontodaten), die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung zur Wahrnehmung der uns übertragenen Aufgaben von Ihnen erhalten haben.

Im Rahmen unserer Tätigkeit kann es auch erforderlich werden, personenbezogene Daten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines Bewerbers oder Bieters (z. B. im Rahmen der Eignungsprüfung) zu erheben und zu verarbeiten. Wir empfehlen Ihnen, die beabsichtigte Weitergabe dieser Daten an die hiesige Beschaffungsstelle gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemäß Ihren datenschutzrechtlichen Verpflichtungen offenzulegen.

Wir verarbeiten erforderlichenfalls auch personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen gewinnen oder die uns zulässigerweise von anderen Behörden oder von sonstigen Dritten berechtigt übermittelt werden (z. B. Handelsregister, Gewerbezentralregister).

6. Zweck der Datenverarbeitung nach Artikel 4 Nr. 2 DSGVO

Zum einen verarbeiten wir personenbezogene Daten gemäß Artikel 4 Nr. 1 DSGVO zur Vertragsanbahnung im Rahmen des Vergabeverfahrens (z. B. mit den Teilnahme- oder Vergabeunterlagen übermittelte Daten).

Anhand der übermittelten Daten muss insbesondere die Prüfung vorgenommen werden, ob die Bieter die persönlichen Eignungskriterien erfüllen können, die für die Vertragserfüllung erforderlich sind (beispielsweise besondere Qualifikationen oder Erfahrungen der zur Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Zum anderen dient die Datenverarbeitung nach erfolgter Zuschlagserteilung der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen (z. B. im Rahmen des Leistungsabrufs oder des Zahlungsverkehrs).

Anlage 3.05
Eigenerklärung zum Datenschutz

7. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt

- aufgrund einer Einwilligung (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO),
- zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten im Rahmen der fiskalischen Bedarfsdeckung für Behörden und andere staatliche Organisationen (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO); dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind,
- aufgrund rechtlicher Verpflichtungen (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. c), Abs. 3 S. 1 Buchst. b) DSGVO i. V. m § 3 BDSG) oder
- aufgrund der Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Artikel 6 Abs. 1 Buchst. e), Abs. 3 S. 1 Buchst. b) DSGVO i. V. m. § 3 BDSG).

8. Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger der personenbezogenen Daten sind insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stabsstelle ZE, welche für die Bearbeitung der einzelnen Vorgänge zuständig sind.

Weiterhin können verantwortliche Personen bei den Bedarfsträgern bzw. Fachabteilungen (z. B. zur fachlichen Auswertung der Angebote oder bei der Vertragsabwicklung), des technischen Supports und Angehörige anderer öffentlicher Stellen, insbesondere Prüfungsinstanzen (Vergabekammer, Oberlandesgericht, Rechnungshöfe, Innenrevision, Rechnungs- und Preisprüfer, Datenschutzbeauftragte, Ministerien) Kenntnis von Ihren Daten bekommen.

9. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden gespeichert, solange dies im Rahmen des Vergabeverfahrens, zur Vertragsdurchführung und -abwicklung erforderlich ist.

Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungszwecks, werden sie regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren Weiterverarbeitung ist aufgrund einschlägiger gesetzlicher bzw. vertraglicher Aufbewahrungsfristen und Dokumentationspflichten erforderlich.

Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), welche bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen können (§§ 195 ff. BGB).

**Anlage 3.05
Eigenerklärung zum Datenschutz**

10. Betroffenenrechte

Auf Antrag erhalten Sie Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO und § 34 BDSG) und können unrichtige Daten berichtigen lassen (Art. 16 DS-GVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, können Sie zudem die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) oder die Löschung (Art. 17 DS-GVO und § 35 BDSG) dieser Daten verlangen und der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten widersprechen (Art. 21 DS-GVO und § 36 BDSG). Darüber hinaus steht Ihnen das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) zu.

11. Datenschutzaufsichtsbehörde

Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht die VBL der Kontrolle durch die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI). Die BfDI kontrolliert bei der VBL die Einhaltung der Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer Vorschriften über den Datenschutz. An die BfDI können Sie sich wenden, wenn Sie der Ansicht sind, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten durch die VBL in Ihren Rechten verletzt worden zu sein (Beschwerderecht).

Die Anschrift lautet:

Bundesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
53117 Bonn

Telefon: +49 (0) 228-997799-0
Fax: + 49 (0) 228-997799-550
E-Mail: poststelle@bdi.bund.de